

**Christine Schneider, MdL**  
**Stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 9**  
**52. Plenarsitzung, Donnerstag, 22. Februar 2018**

**Aktuelle Debatte**  
**„Landesregierung riskiert Insolvenz der Weinwerbungen in Rheinland-Pfalz“**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

22.02.2018

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Rheinland-Pfalz ist das größte weinbautreibende Bundesland und wir bezeichnen uns zu Recht und mit großem Stolz als Weinbauland Nummer 1.

Die herausragende Stellung im internationalen Vergleich haben wir in erster Linie unseren Winzerinnen und Winzern und ihren hervorragenden Produkten zu verdanken. Aber auch ein noch so gutes Produkt braucht eine professionelle und effiziente Werbestrategie.

Unsere regionale Gebietsweinwerbungen und das DWI waren bisher Garant für eine professionelle Weinwerbung. Die Finanzierung wurde in der Vergangenheit über die sogenannten Abfög-Mittel, die unsere Winzer jährlich pro Hektar abführen, sichergestellt.

Seit Wochen herrscht jedoch große Unsicherheit bei unseren Weinwerbungen. Der Grund: ein eklatanter Fehler der Landesregierung. Sie hat nicht für die notwendige Notifizierung bei der EU gesorgt, seit Dezember 2017 ein Auszahlungsstopp für die Weinwerbemittel erlassen wurde.

An diese Stelle sei angemerkt: Die Länder Bayern und Hessen haben sich – im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz – die Genehmigung frühzeitig eingeholt. Erst gestern wurde mir von dort noch einmal bestätigt, dass die Auszahlung der Mittel weiterhin ganz unbürokratisch erfolgt.

Fehler passieren, keine Frage. Deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion diese Thematik bis heute auch nicht öffentlich thematisiert, weil wir Schaden von unseren Weinwerbungen abhalten wollen. Wir haben auf Zusagen vertraut, dass eine unbürokratische Lösung schon gefunden werde.

Auf diese Zusagen haben wir auch noch am Dienstag dieser Woche vertraut und deshalb ganz bewusst auf eine Diskussion im Ausschuss verzichtet.

Allerdings mussten wir dann am Dienstagabend feststellen, dass unser Weinbauminister Wissing scheinbar nicht wirklich an einer Lösung des Problems interessiert ist – ihm reichen offensichtlich großspurige Ankündigungen.

Ich zitiere aus der deutschen Weinwirtschaft-Meiningen online:  
„Gebietsweinwerbungen können wieder arbeiten – Das Weinbauministerium von Volker Wissing hat die Kuh vom Eis gebracht“.

Ankündigungen, die leider mit der Realität gar nicht zu tun haben.

Herr Minister Wissing,

es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder haben Sie ihr Ministerium nicht im Griff und werden von ihrer Verwaltungsebene falsch informiert. Oder Sie wollen der Öffentlichkeit bewusst Sand in die Augen streuen.

Fakt ist: Bis heute Morgen haben unsere regionalen Gebietsweinwerbungen keine Rechtssicherheit. Die Verlautbarungen von Minister Wissing haben dort vielmehr zu absolutem Unverständnis geführt. Denn das Weinbauministerium kann bis heute keine rechtsverbindliche Auskunft geben, wie die Förderung der Weinwerbung aus den Agrarmarketingmaßnahmen künftig aussehen kann.

Ihr Ministerium verweigert bis heute die Auskunft, wie Weinwerbemittel rechtssicher beantragt werden können und für welche Maßnahme die Mittel rechtssicher ausgegeben werden können.

Fakt ist auch: Ihr Ministerium ist bis heute nicht in der Lage, Richtlinien aufzustellen, die einer späteren Überprüfung auch standhalten und nicht zu Rückforderungen führen. Die Gebietsweinwerbungen haben innerhalb kürzester Zeit mehrere, immer wieder veränderte Antragsformulare für das Agrarmarketing-Programm erhalten.

Wenn sie also heute ein Formular ausfüllen, kann es sein, dass es morgen wieder durch ein Neues ersetzt werden muss. Das hat mit Ihrer großspurigen Ankündigung, bei der Weinwerbung sei die „Kuh vom Eis“ nun wirklich nichts zu tun.

Es kann doch nicht sein, dass unsere Weinwerbungen nicht wissen, ob sie bereits in Auftrag gegebenen Werbemaßnahmen überhaupt bezahlen können.

Es kann doch nicht sein, dass am 18. März die weltweit größte Weinmesse in Düsseldorf – die Pro-Wein – eröffnet wird und unsere Gebietsweinwerbungen bis heute keine Rechtssicherheit haben, ob die Förderung EU-konform ist.

Unsere Weinwerbungen fühlen sie alleine gelassen und ihre vorschnelle Jubelmeldung am Dienstagabend hat das Fass zum überlaufen gebracht.

Herr Minister Wissing,

setzen Sie weniger auf Ankündigungen und Hochglanzprosa, erledigen Sie ihre Arbeit.

Sorgen Sie dafür, dass unsere Gebietsweinwerbungen auch im nächsten Monat noch die Personalkosten bezahlen können. Dass sie im nächsten Monat die geplanten Maßnahmen rechtssicher durchführen können. Ohne Angst haben zu müssen, die entsprechenden Mittel könnten nicht fließen.

Herr Minister Wissing,

es ist bereits 5 nach 12. Wir müssen jetzt dafür Sorge tragen, dass unsere Weinwerbungen handlungsfähig bleiben. Es kann nicht sein, dass die Winzergelder zukünftig dafür eingesetzt werden, dass jede einzelne Werbemaßnahme zu einem bürokratischen Monster verkommt und erst nach Abschluss der Maßnahme klar ist, ob die beantragten Mittel auch fließen.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an unserem Nachbarland Hessen. Im Rheingau laufen die Werbemaßnahmen nach wie vor sehr unbürokratisch und man schüttelt nur den Kopf über das bürokratische Monster, dass Sie hier gerade versuchen aufzubauen.

Wir fordern sie als CDU-Fraktion heute auf:

Übernehmen Sie die Verantwortung für die Versäumnisse der Landesregierung in der Vergangenheit und sorgen sie dafür, dass die Weinwerbung in Rheinland-Pfalz wieder effektiv und effizient arbeiten kann.

Wir brauchen deshalb ein Bürgschaftsprogramm für die nächsten Monate, damit unsere Weinwerbungen Planungssicherheit haben und wir ein Konzept für eine zukunftsfähige Weinwerbung in Rheinland-Pfalz erarbeiten können.

Herr Wissing,

es geht schließlich nicht um Ihr Geld. Es geht um das Geld der Winzerinnen und Winzer, die für eine gute und zukunftssichere Wein-Werbung bezahlen. Sie verlassen sich darauf, dass die Weinwerbungen einen guten Job machen, und das machen sie. Doch was ist mit der Politik? Ihre Aufgabe wäre es, einfache und unbürokratische Rahmenbedingungen schaffen. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Schauen Sie sich die guten Vorbilder in unseren Nachbarbundesländern an. Sorgen Sie dafür, dass sich keiner über den Fortbestand und die Planungssicherheit der Weinwerbungen in Rheinland-Pfalz sorgen muss.

Das sind Sie unseren Winzerinnen und Winzer schuldig. Das sind Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Weinwerbungen schuldig. Das sind Sie dem Image „Rheinland-Pfalz Weinland Nummer 1“ schuldig.